

ERGEBNISPROTOKOLL
- ABGESTIMMTE FASSUNG -

Arbeitsgruppe 6 Private Haushalte

4. Sitzung am 27.05.2013

Düsseldorf, 1. Juli 2013

Inhalt

Ablauf der Sitzung	2
Ergebnisse	2
TOP 1 Begrüßung durch Herrn Berg, MKULNV	2
TOP 2 Einführung durch die Moderation.....	3
TOP 3 Einbettung in den Gesamtprozess durch Herrn Dr. Dahlen, MKULNV	3
TOP 4 Verfahren der Maßnahmenauswahl durch Frau Speil, IFOK	4
TOP 5 Überblick über die Maßnahmenvorschläge und Ergebnisse der Online-Bewertung durch Dr. Barthel, Wuppertal Institut: Stimmungsbild.....	5
TOP 6 Ergebnisse der Diskussion zu den Maßnahmenvorschlägen.....	6
TOP 7 Zusammenschau	24
TOP 8 Ausblick.....	24
TOP 9 Verabschiedung	24
Weitere Hinweise	25
Im Vorfeld der Sitzung bereitgestellte Unterlagen	25
Anlagen zum Protokoll	25
Anlage 1: Gezeigte Präsentation im Rahmen der 3. Sitzung AG 6	25
Anlage 2: Teilnehmerliste	26
Anlage 3: Präsentation Entwurfsszenario	28

4. Sitzung der Arbeitsgruppe 6 Private Haushalte

Sitzungsort: MKULNV

Moderation: Karina Speil, IFOK GmbH

Ablauf der Sitzung

10:30 Uhr	TOP 1 - Begrüßung
10:35 Uhr	TOP 2 - Einführung
10:40 Uhr	TOP 3 - Einbettung in den Gesamtprozess
10:50 Uhr	TOP 4 - Verfahren der Maßnahmenauswahl
11:20 Uhr	TOP 5 - Überblick über die Maßnahmenvorschläge, Ergebnisse Online-Bewertung
11:35 Uhr	TOP 6 – Vorstellung und Diskussion zu den Maßnahmenvorschlägen
13:00 Uhr	<i>Mittagsimbiss</i>
13:45 Uhr	Fortsetzung TOP 6 - Diskussion zu den Maßnahmenvorschlägen
16:30 Uhr	TOP 7 - Zusammenschau
16:45 Uhr	TOP 8 - Ausblick
16:55 Uhr	TOP 9 - Verabschiedung

Abbildung 1: Ablauf der Sitzung

Ergebnisse

TOP 1 Begrüßung durch Herrn Berg, MKULNV

Inhalt des TOP

Herr Berg heißt die Teilnehmenden zur 4. Sitzung der AG6 willkommen. Schwerpunkt der Sitzung ist die Auswahl von Maßnahmen zur Aufnahme in den Klimaschutzplan NRW. Grundlage der AG-Empfehlung bildet das aus der vorab durchgeführten Online-Bewertung generierte Stimmungsbild.

Am heutigen Sitzungstag wurde für Interessierte vor der regulären AG-Sitzung ein Termin zur Präsentation der Zwischenergebnisse des Wuppertal Institut zum Entwurfsszenario angeboten. Hierbei ging es um die Frage, welche Treibhausgasemissionsminderungen durch das Wechselspiel der in den verschiedenen AGs entwickelten Strategien erzielt werden können. Der modellierbare Beitrag der AG 6 beschränkt sich dabei auf das Handlungsfeld "Elektrische Anwendungen". Wirkungen von Strategien aus den Handlungsfeldern "Wohnen", "Konsum" und "Mobilität" konnten zum Teil in den anderen AGs mit berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Vorbesprechung zum Entwurfsszenario können in Anhang 3 des Protokolls nachgelesen werden.

TOP 2 Einführung durch die Moderation

Inhalt des TOP

Frau Speil, IFOK, erläutert die Ziele der Sitzung und die Agenda (siehe Abbildung 1). Die Ziele der Sitzung sind:

- Auf der Grundlage des Stimmungsbilds aus der Online-Bewertung für möglichst viele Maßnahmen eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen abgeben.
- Bei Maßnahmen, die nicht zur Aufnahme in den Klimaschutzplan empfohlen werden, sachliche Bedenken im Protokoll festhalten.

TOP 3 Einbettung in den Gesamtprozess durch Herrn Dr. Dahlen, MKULNV

Inhalt des TOP

Herr Dr. Dahlen berichtet über den Stand der Arbeiten in den anderen AGs. Während in der AG 6 der Fokus bereits auf den Maßnahmen liegt, werden in den anderen AGs momentan noch schwerpunktmäßig die Strategien und das vorläufige Entwurfsszenario des Wuppertal Instituts behandelt.

Anschließend gibt Herr Dr. Dahlen einen Ausblick auf den weiteren Prozess der Arbeitsgruppen (Abbildung 2) sowie die sich an die Arbeit der AGs anschließende Differenzierungs- und Vernetzungsphase (Abbildung 3).

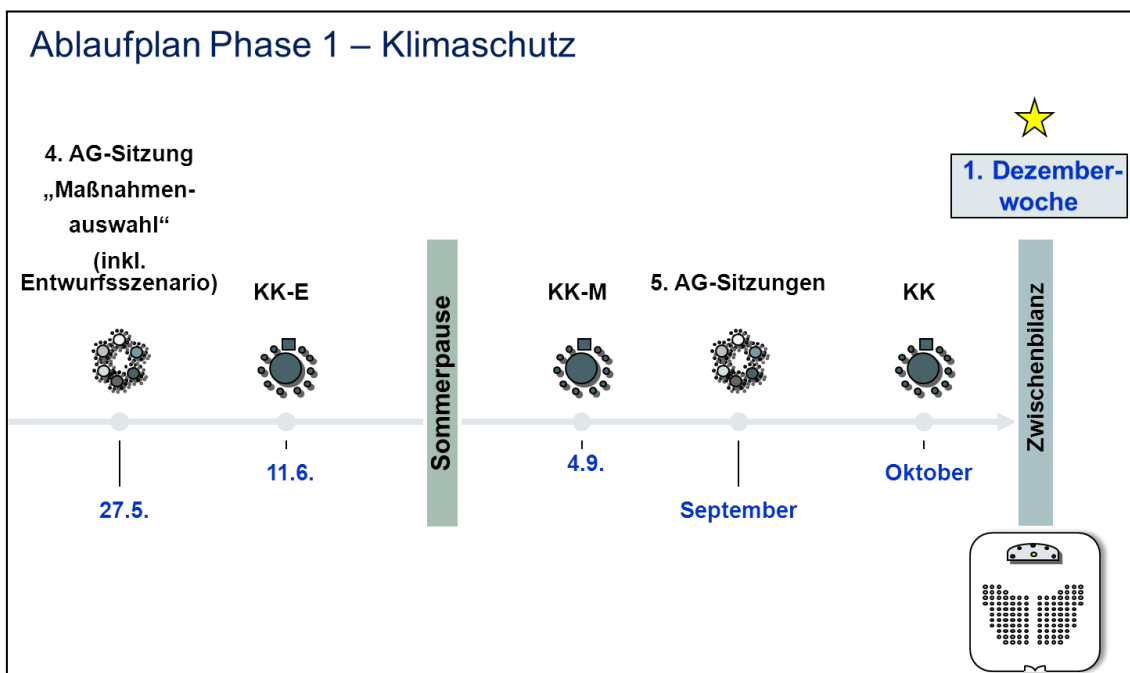


Abbildung 2: Ablauf Phase 1 – Klimaschutz

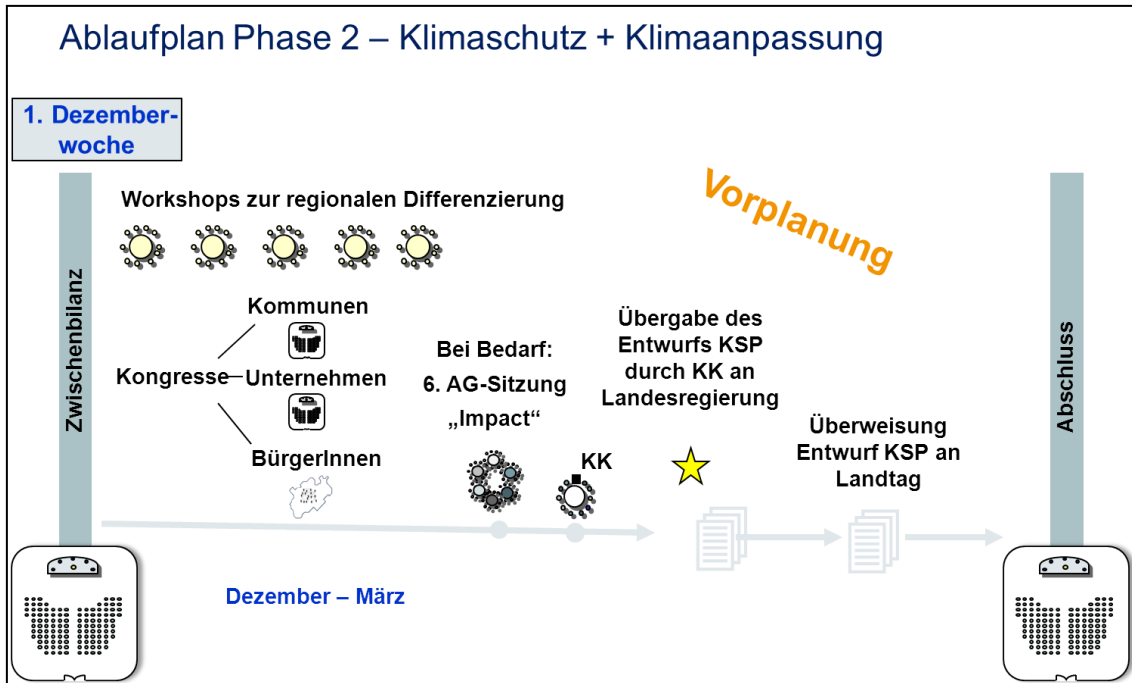


Abbildung 3: Ablauf Phase 2 – Klimaschutz und Klimaanpassung

TOP 4 Verfahren der Maßnahmenauswahl durch Frau Speil, IFOK

Inhalt des TOP

Auf Grundlage des Stimmungsbilds aus der Online-Bewertung soll im Rahmen der heutigen Sitzung für möglichst viele Maßnahmen eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen abgegeben werden. Frau Speil erläutert das Vorgehen. Gegenstand der Bewertung sind die von den AG-Mitgliedern vorgeschlagenen Maßnahmen. Diese wurden vom Wuppertal Institut im Austausch mit den jeweiligen Akteuren und im Rahmen der 3. AG-Sitzung weiter konkretisiert. Die Bewertung der Maßnahmen soll mittels der Einordnung in eine von vier Kategorien erfolgen (siehe Tabelle 1, Seite 5). Als erste Orientierung hierfür kann das Stimmungsbild aus der Online-Bewertung dienen. Es handelt sich jedoch nicht um eine abschließende Entscheidung über die Aufnahme in den Klimaschutzplan. Die Empfehlungen aller AGs werden im Anschluss durch den Koordinierungskreis geprüft; der Klimaschutzplan wird letztlich durch den Landtag beschlossen.

Einordnung der Maßnahme	Weiteres Verfahren
Empfohlen	Maßnahme wird von der AG einvernehmlich zur Aufnahme in den Klimaschutzplan empfohlen. Einschränkungen oder Nebenbedingungen werden aufgenommen. Ebenso Änderungswünsche an den Kurzbeschreibungen der Maßnahmen.
Darzustellen	Die Maßnahmen wird bezüglich der Aufnahme in den Klimaschutzplan unterschiedlich bewertet (Stimmen pro/contra) Die Maßnahme wird im weiteren Prozess mit Darstellung der kritischen Punkte dokumentiert.
Nicht aufnehmen	Keine Empfehlung für die Aufnahme der Maßnahme in den Klimaschutzplan
Weiter bearbeiten	Die Maßnahmenbeschreibung muss noch weiter bearbeitet werden und ist auf dem derzeitigen Stand nicht bewertbar. Für die Weiterbearbeitung werden soweit möglich die offenen Fragen formuliert und die Zuständigkeiten geklärt. Die Bewertung erfolgt dann in der 5. AG-Sitzung im September. Außerdem werden Maßnahmen in diese Kategorie eingeordnet, die <ul style="list-style-type: none"> ▪ in eine andere Maßnahme integriert werden ▪ an eine andere AG übergeben werden ▪ als Akteursbeitrag weitergeführt werden

Tabelle 2: Kategorien zur Einordnung der Maßnahmen

Abschließend erläutert Frau Speil, was eine gute Maßnahme für den Klimaschutzplan auszeichnet und weist auf die auch für die Einordnung in der Sitzung relevanten Kriterien aus der Online-Bewertung hin (siehe auch Präsentationsfolie 11).

TOP 5 Überblick über die Maßnahmenvorschläge und Ergebnisse der Online-Bewertung durch Dr. Barthel, Wuppertal Institut: Stimmungsbild

Inhalt des TOP

Zur Einstimmung auf TOP 6 gibt Herr Dr. Barthel einen kurzen Überblick über die in die Online-Bewertung eingegangenen Maßnahmen und die Bewertungsergebnisse.

TOP 6 Ergebnisse der Diskussion zu den Maßnahmenvorschlägen

Inhalt des TOP

Herr Dr. Barthel und Herr Best stellen die Ergebnisse der Online-Maßnahmenbewertung vor. Der Einstieg erfolgt jeweils mittels eines Überblicks über die Ergebnisse eines Handlungsfelds. Dann werden die Einzelmaßnahmen präsentiert und basierend auf den Ergebnissen der Befragung eine Empfehlung des Wuppertal Instituts für die Einordnung gegeben. Dieser Vorschlag dient als Ausgangspunkt für die Diskussion und Empfehlung der AG-Mitglieder. In der nachfolgenden Tabelle werden die Ergebnisse dargestellt. Änderungswünsche an den Maßnahmentiteln oder Kurzbeschreibungen sind rot markiert.

Maßnahmentitel	Kurzbeschreibung	Empfehlung
Handlungsfeldübergreifende Maßnahmen		
0.0.1 Schutz des Klimas als festen Bestandteil des Bildungsangebotes in NRW fördern und ausbauen	Die Maßnahme fördert eine Vielzahl von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten für Erwachsene wie auch für Kinder & Jugendliche sowie maßgeschneiderte Bildungsprojekte etwa für Migrant_innen oder Auszubildende und Frauen . Durch Unterstützung der Lehrkräfte, Beteiligung von Schülern und durch die Förderung des Engagements von Fachleuten auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Energieeinsparung sollen Bildungsangebote in Schulen und in der Erwachsenenbildung bereit gestellt werden, die Hintergrundwissen vermitteln und Verhaltensänderungen anstoßen.	Empfohlen mit folgender Einschränkung: Diese Maßnahme beinhaltet nicht die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs.
0.0.2 Einrichtung des Unterrichtsfaches „Alltags- und Lebensökonomie“	Das Unterrichtsfach „Alltags- und Lebensökonomie“ wird in allen Schulformen von der Primarstufe bis zur Kl. 10 Bestandteil der Lehrpläne. Der Lernansatz ist handlungsorientiert und knüpft an die Lebenswelt an. Es umfasst die Bereiche: Ernährungs- und Gesundheitsbildung Verbraucher- und Konsumbildung incl. finanzieller Allgemeinbildung Wirtschaften in der Gesellschaft und Nachhaltigkeit Leben in der Gemeinschaft, Haushalt und Familienpflege (Auflistung ist noch anzupassen) . Das Unterrichtsfach leistet einen zentralen Beitrag zur Auseinandersetzung mit den lokalen, regionalen und globalen Folgen alltäglichen individuellen Handelns und fördert die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung durch die persönliche Lebensgestaltung.	Darzustellen (3 Gegenstimmen) Sachgründe: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilnehmende befürchten eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler durch Einführung eines neuen Fachs ▪ Klimaschutz ist bereits Teil des Lehrplans aller Schulformen der Sek 1 und 2

<p>0.0.3 Global Young Energies</p>	<p>Es soll eine offene Bildungs- und Praxisallianz für erneuerbare Energien und Klimaschutz „Global Young Energies“ (GYE), als Kooperationsverbund von Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Umwelt- bzw. Entwicklungsorganisationen gegründet werden. Grundlage hierfür ist die institutionelle und administrative Plattform GYE, die das kreative und intellektuelle Potenzial von Jugendlichen mit den Bedürfnissen der Wirtschaft und den Chancen von Bildungs- und Weiterbildungsträgern synergetisch verbindet.</p>	<p>In Maßnahme 0.0.1 integrieren</p>
<p>0.0.4 Initiative gegen Greenwashing</p>	<p>Den Verbraucherorganisationen wird ermöglicht, ihre Aktivitäten gegen Greenwashing im Klimaschutzmarkt ausbauen. Ziel ist, mit rechtlichen Instrumenten gegen „schwarze Schafe“ vorzugehen, die die Werbung mit Klimaschutzargumenten „übertreiben“. Dadurch soll das Vertrauen der Verbraucher_innen gestärkt und die Akzeptanz für mehr Klimaschutz erhöht werden. Dazu werden auch Kooperationen von Kommunen, Anbieter(verbänden) und Verbraucherorganisationen angestrebt.</p>	<p>Weiter bearbeiten</p> <p>Unter Mitarbeit der VZ</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ rechtliche Zulässigkeit der Maßnahme prüfen ▪ konkretisieren, ob das rechtliche Instrumentarium anzupassen oder zu ergänzen ist (Hinweis VZ: es geht um beides)
<p>0.0.5 Grüner Lernort – Erfahrungsraum Natur in Universität und Stadtteil</p>	<p>Auf dem Gelände einer im Bereich der Lehrerausbildung tätigen Hochschule in NRW wird ein mobiler Garten angelegt, in dem in Pflanzkästen Gemüse gesät, angepflanzt, gepflegt und geerntet werden kann. In universitären Seminaren wird das geerntete Gemüse verarbeitet. Angehenden Lehrer_innen, die in der Regel über keinerlei Kenntnisse zum saisonalen und regionalen Gemüseanbau verfügen, wird somit der Kontakt mit der Natur ermöglicht. Der Garten soll ein Ort der Begegnung im Stadtteil werden, insbesondere mit der älteren Generation. Die Erfahrungen hinsichtlich der Anlage und Betrieb des „Grünen Lernortes“ werden in die Stadt und Land NRW hinein kommuniziert.</p>	<p>Weiter bearbeiten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bündeln mit Maßnahme 3.1.1. ▪ Integration in die Erzieher-Ausbildung ergänzen (neben Lehrerausbildung) ▪ Integration in das neue Curriculum in der Lehrerausbildung (wird gerade überarbeitet, Ansprechpartnerin: Frau Dr. Braun-Bau)
<p>0.0.6: Bundesratsinitiative zur Verschärfung der Umsetzung der EU- Effizienzrichtlinie</p>	<p>Mit den zahlreichen Ausnahmeregelungen in der EU- Effizienzrichtlinie wird das Einsparziel, bis 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent im Vergleich zu den Prognosen zu senken, deutlich verwässert und sicher verfehlt. Das Land NRW soll sich über die deutsche Bundesregierung dafür einsetzen, das Einsparziel zu erreichen und hierzu verbindliche neue Instrumente und Maßnahmen festzuschreiben.</p>	<p>Weiter bearbeiten</p> <p>Der Maßnahmenvorschlag ist zu konkretisieren. Ausnahmen sind konkret zu benennen.</p>

Handlungsfeld 1: Energieeffizienz		
Strategie: Steigerung der Nachfrage nach effizienten Geräten		
1.1.1 Finanzierung von energieeffizienten Geräten	<p>Das Ziel dieses Förderprogramms ist es, dass alte, ineffiziente elektrische Haushaltsgeräte gegen neue hocheffiziente Geräte ausgetauscht werden. Ein realistisches Ziel könnte sein, mit einem Förderprogramm ab dem dritten Jahr einen Marktanteil von 25 % für marktbeste Geräte zu erreichen. Mit einer Prämie wird der Kauf hocheffizienter Haushaltsgeräte gefördert. Dabei ist durch eine Rücknahmeverpflichtung sicherzustellen, dass das entsprechende Altgerät entsorgt wird. Für einkommensschwache Haushalte können mittels Mikrokrediten für energieeffiziente Geräte Möglichkeiten für den Erwerb geschaffen werden. Eine weitere Möglichkeit besteht in Contractingmodellen für energieeffiziente Haushaltsgeräte.</p>	Empfohlen Hinweis: die Ergebnisse der Evaluation des Pilotprojekts der Stadtwerke Wuppertal durch das MKULNV sollte bei der konkreten Ausgestaltung berücksichtigt werden
1.1.2 Topten-Datenbank von effizienten Produkten dauerhaft fördern	<p>Derzeit existieren in Deutschland mehrere Informationsangebote zu effizienten energieverbrauchenden Produkten (z. B. Initiative Energieeffizienz, Ecotopten, Besonders sparsame Haushaltsgeräte). Diese Datenbanken fristen entweder ein Nischendasein oder sind projektfinanziert, ihre dauerhafte Pflege ist also nicht gewährleistet. Die bisher existierenden Datenbanken effizienter Produkte in Deutschland oder Datenbanken neuer Konsortien können durch Zurverfügungstellung zusätzlicher Mittel ausgebaut bzw. aufgebaut und dauerhaft institutionell verankert werden.</p>	Empfohlen

Strategie: Förderung des effizienten Umgangs mit Geräten		
1.2.1 Progressiver Stromtarif	Durch einen progressiven Stromtarif werden Rebound-Effekte, die oft mit Energieeffizienzmaßnahmen einhergehen, umgangen. Durch einen progressiven Stromtarifes erzielen private Haushalte im Falle von Stromeinsparungen auch Kosteneinsparungen, da sie durch einen geringen Verbrauch niedrige Kosten hätten und der Tarif weiter sänke, je mehr Strom sie einsparten. In einem Pilotvorhaben kann der Tarif mit verschiedenen Energieversorgerunternehmen zunächst getestet werden.	<p>Weiter bearbeiten</p> <p>Unter Mitarbeit von Frau Kistemaker und Herrn Mobers</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung überdenken (ggf. könnte die Belohnung für Wenig-Verbrauch nicht vom Energieversorger selbst sondern von einem Dritten übernommen werden) ▪ Praktische Umsetzbarkeit bedenken ▪ Anzahl der Personen im Haushalt wenn möglich berücksichtigen. Hierbei zunächst datenschutzrechtliche Bedenken prüfen. ▪ Zielgruppe deutlich herausarbeiten
1.2.2 Öffentlichkeitsarbeit und Campaigning rund um die Energie	Mit Energie-Campaigning sollen Verbraucher/innen für Energiewendefragen sensibilisiert und zum eigenen Handeln motiviert werden. Über zielgruppenorientierte Direktansprache werden Verbraucher_innen zu wechselnden inhaltlichen Schwerpunkten (z.B. Energiesparen, Energieeffizienz oder Gebäudemodernisierung) öffentlichkeitswirksam auf Verbrauchermessen, Stadtfesten, in Freizeitparks oder Fußgängerzonen angesprochen und informiert. Die Verbraucher_innen sollen im Ergebnis kurze Basisinformationen mit Hinweisen auf weiterführende Information und/oder Beratung erhalten. Über professionelle Medienarbeit, die Einbeziehung lokaler Unterstützer und Netzwerke wird die Reichweite erhöht und lokales Agendasetting betrieben.	<p>Empfohlen</p> <p>Deutlich machen, dass das Land als Financier angedacht ist, weitere Akteure als partielle Kooperationspartner/Multiplikatoren einbinden (Herr Harten bietet Kooperation des Handwerks an).</p>
Strategie: Zugang für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zu Energieeffizienzmaßnahmen stärken		
1.3.1: Energiearmut lindern:	Prepaidzähler können die schlimmsten Auswüchse der Energiearmut verhindern. NRW kann im Rahmen der Verbraucherschutzministerkonferenz darauf hinwirken, dass Prepaidzähler verbindlich die Stromsperre ersetzen. Die Landesregie-	<p>Darzustellen (10 Gegenstimmen)</p> <p>Sachgründe:</p>

Prepaid statt Sperre	<p>ung soll darüber hinaus einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat zur Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV) oder des Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) einbringen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Es handelt sich um eine sozialpolitische Maßnahme, Klimaschutzrelevanz nicht erkennbar ▪ rechtliche Bedenken ▪ Um dies umzusetzen, müssten alle Stromversorger mitmachen; Umsetzung unrealistisch (hohe Kosten für Stromversorger) ▪ Mehrwert fraglich: Prepaid nur ein anderes Wort für Sperre?
Strategie: Beitrag der privaten Haushalte am Ausbau und der Nutzung EE (und KWK) in NRW stärken		
1.4.1: „Nudging“ - Default-Option Ökostrom	<p>Faktisch besteht eine geringe Bereitschaft von Stromkund_innen zum freiwilligen Anbieterwechsel. Durch das Angebot von Ökostrom als Vorgabeoption („Default-Option“) wird Ökostrom automatisch geliefert. Weiterhin können verschiedene höherwertige Ökostromprodukte sowie eine ökologisch weniger wertvolle Optionen angeboten werden. Die Landesregierung soll in einer begrenzten Zahl von Pionierstädten in NRW gemeinsam mit den Stadtwerken eine „Default-Option Ökostrom“ einführen.</p>	Empfohlen
1.4.2 Mini- und MIKRO-KWK – Maßnahmenpaket zur Etablierung	<p>Am Markt werden immer mehr Mini- und Mikro-KWK-Anlagen als Ersatz für Heizkessel im Ein- und Zweifamilienhaus angeboten. Breitangelegte Marketing-, Informations- und Qualifizierungsmaßnahmen sollen bei der Etablierung dieser Technologien helfen.</p>	Empfohlen Herr Harten bietet die Kooperation der Handwerkskammer an.
1.4.3 Marketing für Ökostrom von regionalen Energieanbietern	<p>Das Land NRW wird die Akzeptanz Grünen Stroms kommunikativ fördert. Dafür erfolgt eine Professionalisierung von Bereitstellung / Handel / Regelung bzgl. grünen Stromes in Zusammenarbeit mit den regionalen Energieversorgungsunternehmen (EVU). Regionale EVU können besser und preiswerter Ökostrom einkaufen, verteilen und regeln, als dies private Kunden mit Eigenerzeugung können.</p>	Weiter bearbeiten (Unter Mitarbeit von Prof. Hüttenhölischer und Hr. Berg) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bis zur nächsten Sitzung klären, ob der Vorschlag als Akteursbeitrag oder als Maßnahme zu verstehen ist, die das Land vorantreiben soll ▪ Integration in Maßnahme 1.2.2. prüfen

Strategie: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale		
<p>1.5.1 „Mein Wäschetrockner ist eine Leine“</p>	<p>Wäschetrockner sind eines der Haushaltsgeräte mit dem höchsten Stromverbrauch. Durch zielgruppenorientierte Direktansprache werden private Haushalte öffentlichkeits-wirksam auf Stadt(teil)festen, in Fußgängerzonen oder vor Schulen und Kitas angesprochen. Sie erhalten Material, das bei der Verhaltensänderung unterstützen soll (z.B. Wäscheklammern und/oder Wäscheleine). Hinzu kommen eine professionelle Medien-arbeit sowie die Einbeziehung lokaler Unterstützer und Netzwerke, welche die Seiten ebenfalls z. B. in Form eines sozialen Netzwerks nutzen können. In den Kommunen werden im Mietwohnungsbau Trockenplätze und/oder Trockenböden geschaffen oder wieder in Betrieb genommen.</p>	<p>Weiter bearbeiten</p> <p>Unter Mitarbeit von Frau Bigga und Frau Prof. Schlegel-Matthies (interne Weiterleitung durch Herrn Arns)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Titel ändern ▪ Trockenböden im Mietwohnungsbau als wichtigen Aspekt herausstellen ▪ Integration in Maßnahme 1.2.2 prüfen
<p>1.5.2 „Weniger ist Cool“ – Kein Zweitkühlschrank für mich!</p>	<p>Beim Kauf eines neuen Kühlschranks wird der alte energiefressende Kühlschrank häufig nicht entsorgt, sondern wandert entweder in den Keller, in die Gartenlaube oder so-gar in die Garage, damit jederzeit kühle Getränke usw. vorhanden sind. Durch zielgruppenorientierte Direktansprache werden private Haushalte öffentlichkeitswirksam auf Stadt(teil)festen, in Fußgängerzonen oder vor Schulen und Kitas angesprochen und mit Informationen zum Thema versorgt. Hinzu kommen eine professionelle Medienarbeit sowie die Einbeziehung lokaler Unterstützer und Netzwerke, welche die Seiten ebenfalls z. B. in Form eines sozialen Netzwerks nutzen können. In den Kommunen werden besondere Sperrmüllabfuhrtage für Zweitkühlschränke organisiert. Modellhaft könnte in einer Kommune ein Wettbewerb mit Preisen ausgeschrieben werden, der denjenigen Ortsteil besonders belohnt, der mit dieser Aktion am meisten THG eingespart hat.</p>	<p>Empfohlen</p> <p>spätere Ausweitung auf weitere Elektrogeräte ergänzen</p>

Handlungsfeld 2: Wohnen		
Strategie: Reduktion des Energiebedarfs im Gebäudebestand		
2.1.1 Flächendeckender Ausbau der Information und Beratung der privaten Haushalte zu Klimaschutz und nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Ernährung, zu Energieeinsparung und Energieeffizienz	Ziel ist, private Haushalte und Gebäudeeigentümer individuell über ihren aktuellen Stromverbrauch, den energetischen Zustand ihrer Wohnung bzw. ihres Gebäudes, der Heizung und der Warmwasserbereitung zu informieren. Es sollen ihnen Möglichkeiten aufgezeigt werden, jetzt und für die Zukunft Wärme und Strom einzusparen. Die aufsuchende Vor-Ort-Energieberatung könnte die bisherigen Programme zur energetischen Gebäudesanierung ergänzen und erweitern. Hierzu müssen die erforderlichen Instrumentarien zur Erfassung, Auswertung und Ergebnispräsentation entwickelt werden. Auch einkommensschwache Haushalte können durch aufsuchende Beratung und durch geringinvestive Maßnahmen in die Lage versetzt werden, Strom zu sparen und ihr Verhalten bzgl. Energieverbrauch und -kosten zu ändern.	Empfohlen
2.1.2 Energetische Gebäudesanierung aus einer Hand	Um bei Gebäudesanierungen das Gesamtobjekt angemessen zu würdigen und alle Einsparpotenziale zu realisieren, müssen gesamtheitlich geplante Maßnahmen umgesetzt werden. Sie erreichen höhere Einsparpotenziale als Einzelmaßnahmen. Die Maßnahme fördert die Fortbildung von Förderung der Bildung von Planungs- und Bauteams. Im Ergebnis steht die Reduktion von Investitionshemmnissen durch Lösungen aus einer Hand.	Weiter bearbeiten und an AG 3 übergeben <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ganzheitliche Planung und Umsetzung deutlich machen ▪ weitere Aspekte wie Barrierefreiheit sind mitzudenken ▪ KfW oder NRW-Bank als wichtige Akteure um Planungsleistungen mehr als bisher in die Förderleistung aufzunehmen
2.1.3 Bauteam Klimaschutz	Das Projekt zielt darauf ab, ein übertragbares Modell zur Begleitung von energetischen Sanierungen von Ein- und Zweifamilienhäusern von der Ansprache über die Beratung bis zur Ausführung zu entwickeln, zu erproben und zu optimieren.	Übergabe an AG 3 (Ansprechpartner: Herr Harten) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aspekt der Förderung mitdenken
Strategie: Förderung eines energieeffizienten Nutzerverhaltens		

<p>2.2.1: Bundesratsinitiative: Energieausweispflicht (Bedarfsausweis) für jedes Gebäude nach Baualtersklassen</p>	<p>Beim Energieausweis wird unterschieden zwischen Bedarfs- und Verbrauchsausweis, der jeweils für ein Gebäude erstellt wird. Beim Verbrauchsausweis wird nur der Endverbrauch in Betracht gezogen und die Empfehlungen sind allgemeiner. Deshalb ist eine Energieausweispflicht für alle Gebäude nach Baualtersklassen durch einen Bedarfsausweis sinnvoll. Die Energieausweispflicht muss auch Hauseigentümer einschließen, die ihr Haus bzw. Wohnung selbst nutzen. Darüber hinaus wird der Energieausweis stärker beworben werden, um die Nachfrage zu erhöhen.</p>	<p>Darzustellen (2 Gegenstimmen) Sachgründe: Bedarfsausweis ist mit hohem Aufwand zur Datenbeschaffung verbunden</p>
<p>2.2.2 Energieberatung mit Förderung kombinieren</p>	<p>Nachfrage bei den Verbrauchern im Bereich Energieeffizienz-Förderung stärken. Einzelmaßnahmen der KfW werden hinsichtlich der Energieeffizienz durch Vergabekriterien überwacht und sichergestellt.</p>	<p>In Maßnahme 2.1.1 integrieren Abgleich mit der AG 3 vornehmen Konkretisieren in Bezug auf priv. Verbraucher</p>
<p>2.2.3 Best-Practice-Datenbank</p>	<p>Aufbau einer landesweiten Datenbank mit Best-Practice-Beispielen zur Anregung der Akteure und Sensibilisierung und Beratung der Bürger/innen. In der Datenbank sollen möglichst alle Maßnahmen aufgenommen, strukturiert und dargestellt werden. Vorhandene Materialien können für eine Übertragbarkeit ggfs. aufbereitet und anderen Akteuren zur Verfügung gestellt werden. Unter Bezug auf das Agenda 21-Projekt „Kompetenznetz 21“ sollte eine solche Best-Practice-Datenbank auch weiterhin mit einem Kommunikations- bzw. Beratungsangebot verbunden sein, das den Interessierten weitergehende Motivation vermitteln kann. Konzeption und Erfahrung liegen durch das Agenda 21-Projekt „Kompetenznetz 21“ bereits vor.</p>	<p>Empfohlen Hierfür noch deutlicher herausstellen: Wer ist die Zielgruppe? Welche Maßnahmen sollen genau dokumentiert werden?</p>
<p>Strategie: Erhöhung des Anteils EE, KWK, Nah-/Fernwärme- u. Abwärmenutzung</p>		
<p>2.3.1 Förderprogramm für Plattform für Energiegenos-</p>	<p>In Anlehnung an die bisherigen Arbeiten der Energieagentur.NRW und der Verbraucherzentrale NRW soll auf der Landesebene eine Plattform eingerichtet werden, die den weiteren Aufbau von Energiegenossenschaften und Bür-</p>	<p>Empfohlen</p>

<p>senschaften</p>	<p>gerenergieanlagen betreut und forciert. Es werden Kompetenzvermittlung im Bereich Gründungsberatung von Genossenschaften, Weiterbildungsveranstaltungen für die Organisationen, Ansprachekonzepte für Organisationen/Akteure wie zum Beispiel das Handwerk etc., Erfahrungsaustausch auf Landesebene sowie ein integriertes Fachmonitoring gefördert.</p>	
<p>Strategie: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale</p>		
<p>2.4.1: Initiierung des landesweiten Förderprogramms „Jung kauft Alt“ zur Förderung von Bestandswohnungen</p>	<p>Durch ein flächendeckendes Förderprogramm „Jung kauft Alt“ bleiben Bestandswohnungen erhalten und weniger Flächen zur Errichtung von Neubauten müssen ausgewiesen werden. Durch die Maßnahme sollen junge Familien einen finanziellen Anreiz erhalten, um gefährdete Bestandswohnungen zu erwerben. Neben den ökologischen und sozialen Aspekten (Klimaschutz, Berücksichtigung des Demographischen Wandels), wird auch das Handwerk und somit die lokale Wertschöpfungskette gestärkt. Die Maßnahme verhindert Flächenversiegelung und vermeidet den Neubau von Infrastrukturen und Gebäuden. So werden Transportwege reduziert und das zusätzliche Verkehrsaufkommen reduziert. Die Maßnahme berücksichtigt außerdem den demographischen Wandel und stärkt das Handwerk und somit die lokalen und regionalen Wertschöpfungsketten.</p>	<p>Empfohlen</p> <p>Hinweis aufnehmen, keine Fehlanreize (z.B. Gentrifizierung) zu geben Regionale Differenzierung notwendig</p> <p>Herr Arns legt ergänzend bis zum 1. August einen Maßnahmenvorschlag zum Thema „Verbot der Ausweisung von Neubaugebieten / Schwerpunkt auf Nachverdichtung“ vor.</p>
<p>2.4.2 Forschung und Entwicklung von Energiesparkonzepten in Quartieren</p>	<p>Suffizienzstrategien haben einen geringen Bekanntheitsgrad in Bevölkerung. Hochschulen initiieren innovative Konzepte und Experimente in Quartieren und setzen diese in Zusammenarbeit mit Kommunen um. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf der Erforschung und Diffusion von Möglichkeiten zur quartiersbezogener Energieeinsparung.</p>	<p>Empfohlen</p> <p>Zu konkretisieren ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gegenstand ist ein Modellversuch mit einer Hochschule: Quartier in der Gesamtheit betrachten und ein Energiekonzept für das ganze Quartier erarbeiten ▪ weitere Akteure einbeziehen ▪ Betrachtung des Verhaltensaspekts stärker

		<p>ken (Fokus AG 6)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung durch das Land
<p>2.4.3 Forschung zu regionalen Suffizienzpotenzialen</p>	<p>„Suffizienzstrategie“ ist neu und unbekannt, d.h. es besteht Forschungsbedarf, ob und wie Suffizienzstrategien im Bereich Bauen und Wohnen verknüpft werden können. Wie regionale Suffizienzpotenziale realisiert werden können, soll in Forschungsprojekte zu folgenden Themen untersucht werden: „Alternativstrategien zur energetischen Ertüchtigung von Bestandsgebäuden“ und „Projekte mit Quartierbezug und zu Städtebau unter Berücksichtigung der Suffizienzpotentiale.“</p>	<p>In Maßnahme 2.4.2 integrieren</p>
<p>Handlungsfeld 3: Konsum</p>		
<p>Strategie: Nutzungsintensivierung, bspw. gemeinschaftliche Nutzung</p>		
<p>3.1.1: Urban Gardening</p>	<p>Mit urban gardening können innerstädtische Brachen oder Nutzungslücken wieder in Wert gesetzt werden. Mit der Maßnahme wird ein Entwicklungs- und Umsetzungskonzept für die Ausweitung von urban gardening auf Landesebene erstellt. Zudem werden kommunale Strategien für urban gardening und lokale Modellprojekte entwickelt und umgesetzt. Formen urbaner Landwirtschaft sind z. B. Kleingärten, Hausgärten, Dach-gärten, Gemeinschaftsgärten. Aber auch Dächer oder Fassaden z. B. von Bürogebäuden können für urbane Landwirtschaft genutzt werden (gebäudeintegrierte Landwirtschaft).</p>	<p>Darzustellen (1 Gegenstimme)</p> <p>Sachgründe: kein Klimaschutzaspekt erkennbar</p>
<p>3.1.2: Aktionstage Tauschbörsen</p>	<p>Durch die Einführung landesweiter Tauschbörsen wird eine Nutzungsintensivierung von Produkten umgesetzt. Durch einen landesweiten Aktionstag sollen Tauschbörsen in den Kommunen weiter bekannt gemacht werden, um lokale oder regionale Tauschbörsen zu organisieren. Die Umsetzung erfolgt durch das Land Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit Kommunen, kommunalen Abfallbetrieben und online Tauschbörsen: z.B. Netcyclers</p>	<p>Darzustellen (9 Gegenstimmen)</p> <p>unter Einarbeitung der Hinweise von Frau Kistemaker (Umsetzung durch die Zivilgesellschaft, Schirmherrschaft durch das Land)</p> <p>Sachgründe:</p>

		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verantwortung des Landes und Klimaschutzplan damit überfrachtet, eher als Akteursbeitrag zu verstehen ▪ wenig Klimaschutzaspekte
Strategie: Nutzungsdauerverlängerung durch reparaturfähige und langlebige ressourcenschonende Produkte		
3.2.1: Repair Cafés	Durch die Maßnahme sollen mittelfristig in allen Städten in NRW >150.000 EinwohnerInnen (ca. 30 Städte) min. ein Repair-Café eröffnet und finanziert werden. In einer Sondierungsphase sollten Akteure und Orte gefunden werden, die eine Umsetzung von Repair-Cafe-Treffen erleichtern. Durch diese Maßnahme wird die handwerkliche Kompetenz der BürgerInnen gestärkt, gesellschaftliche Aufklärung über Reparaturmöglichkeiten betrieben und die systemische Kreislaufwirtschaft gefördert.	<p>Darzustellen (12 Gegenstimmen)</p> <p>Sachgründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ zur Reparatur defekter Geräte ist Sachverstand nötig ▪ Sicherheitsrelevanter Bereich: Gefährdung für den Einzelnen und das Umfeld; Garantie entfällt, wenn man eigene Reparaturen durchführt; Haftungsrechtliche Gesichtspunkte sprechen dagegen ▪ nichts Neues, wird bereits ohne staatliche Hilfe organisiert
Strategie: Reduzierung des Ressourcenverbrauchs von Ernährung durch nachhaltigen Konsum und regionale, saisonale und ökologische Beschaffung		
3.3.1 Landesweite/Kommunale Servicestelle / Veränderte Beschaffung	Implementierung einer landesweiten/kommunalen Servicestelle für die Beschaffung ökologisch und sozial verantwortlicher Produkte. Darin sollten sämtliche beschaffungs-relevante Produkte inbegriffen sein, wie z.B. Büroartikel, Fahrzeuge, Arbeitsbekleidung etc. [letzter Satz gestrichen]	<p>Darzustellen (3 Gegenstimmen)</p> <p>Sachgründe: Erfahrungen mit dem am 1. Mai 2012 in Kraft getretenen Tarifreue- und Vergabegesetz abwarten</p>
3.3.2 Modellversuch zur Reduktion von Plastiktüten	Ein Modellversuch testet mit verschiedenen Vertretern des Einzelhandels stufenweise den Verzicht auf Plastiktüten in NRW. Dabei wird mit ausgewählten Vertretern des Einzelhandels auf Plastiktüten verzichtet. In einem weite-	Empfohlen

	ren Schritt kann auch der Verzicht auf Papiertüten eingeführt werden. Die Ergebnisse des Pilotprojekts könnten in eine Bundesratsinitiative eingehen.	
3.3.3 Regionalmarken stärken: Bundesratsinitiative zur Kennzeichnung regionaler Produkte und Beratungs- und Unterstützungsprogramm zur Entwicklung von Regionalmarken	Die Maßnahme umfasst 1) die Kennzeichnung von regionalen Lebensmitteln und 2) die Förderung von Regionalmarken. Zu 1): Mit einer Bundesratsinitiative tritt NRW für die Einführung eines standardisierten Regionallabels (analog zu dem standardisiertem Bio-Label) ein. Zu 2): Ein Beratungs- und Unterstützungsprogramm zur Ideenfindung und Maßnahmengenerierung zur Entwicklung von Regionalmarken (und ggfs. zum Aufbau von Genossenschaften) wird umgesetzt.	Weiter bearbeiten Unter Mitarbeit von Herrn Harten, Frau Prof. Teitscheid, Frau Askemper, Frau Schell, Frau Poth <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anpassung an den aktuellen Diskussionsstand ▪ Klären: Ist dies als Bestandteil der Initiative „Markt NRW“ gedacht? Ist ein Herkunfts- oder ein Qualitätssiegel gemeint? ▪ Verknüpfung mit anderen Siegeln
3.3.4 Forschung zu nachhaltiger Ernährung Gemeinschaftsversorgung	In einem Forschungsprojekt sollen Potenziale zur Steigerung der Ressourceneffizienz und der Klimafreundlichkeit im Bereich der Gemeinschaftsgastronomie auf den unterschiedlichen Ebenen – Prozesse, Betrieb, Technologien, Produkte, Strategien – identifiziert werden. Zudem werden Umsetzungsvorschläge erarbeitet, praktisch erprobt und implementiert.	Empfohlen hierbei Maßnahme 3.3.6 in die Maßnahme 3.3.4 integrieren, Formulierung überprüfen, so dass es für Dritte verständlich, nachhaltige Ernährung ggf. durch klimafreundliche Ernährung ersetzen
3.3.5 Öffentliche Trinkwasserstellen	Öffentliche Trinkwasserstellen sind in vielen Ländern ein gängiger Service. Durch die hohe Trinkwasserqualität in Deutschland ist diese Maßnahme u.a. ein Weg, um den Abfall von Plastikflaschen und Transportwege von Mineralwasserflaschen zu reduzieren. Das Land NRW soll in Zusammenarbeit mit Kommunen und örtlichen Wasserwerken an Bahnhöfen, in Schulen und in öffentlichen Gebäuden etc. öffentliche Trinkwasserstellen einrichten. Aufgrund der hohen Kosten für die Wasserspender und die Notwendigkeit keimfreies Wasser bereitzustellen müssen/können örtliche Wasserwerke ggf. als	Darzustellen (6 Gegenstimmen) Sachgründe: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Trinkwasserversorgung wird über Wassergebühren finanziert und kann daher nicht kostenfrei zugänglich sein ▪ Akzeptanzproblem (Hygiene- und Gesundheitsbedenken, Anschlagsangst) ▪ Zweifel an Klimaschutzaspekten, eher Maßnahmen im Bereich Klimafolgenan-

	Sponsor geprüft werden)	passung
3.3.6 Netzwerkbildung zu nachhaltiger Ernährung in Kantinen & Großküchen	Die Maßnahme umfasst Netzwerkbildung der Gemeinschaftsversorger untereinander, Netzwerkbildung zwischen Erzeugern und Verbrauchern, Know-how Transfer zwischen Kantinen- und Großküchenbetreibern, Entwicklung klimafreundlicher Essensangebote, Bildung, Weiterbildungen und Kampagnen. Durch eine Umstellung auf ein klimafreundliches Angebot (mit entsprechender öffentlichkeitswirksamer Darstellung der neu erschlossenen Lebensmittel) können auch die Endverbraucher_innen sensibilisiert und ihr Verhalten effektiv verändert werden.	In Maßnahme 3.3.4 integrieren
Strategie: Erweiterung der Verbraucherinformation über die Höhe der THG-Emissionen von Produkten		
<i>dieser Strategie sind keine Maßnahmenvorschläge zugeordnet</i>		
Strategie: Verhinderung und Reduzierung von Lebensmittelverschwendung		
3.5.1 Reduktion und Verhinderung von Lebensmittelverschwendung	Maßnahmenbündel zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung entlang der gesamten Wertschöpfungskette: Konzepte von Verantwortlichen in Erzeugung, Verarbeitung, Gastronomie und Handel einfordern, Aufklärungskampagne „Wertschätzung von Lebensmitteln“, Netzwerkbildung zwischen regionalen Erzeugern und Verbrauchern, öffentliche Kantinen und Großküchen an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten z. B. über Vergabegesetz und Entwicklung eines Unterrichtsmoduls „Lebensmittel-Verschwendung“. In einem Wettbewerb werden Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe werden identifiziert, die sich besonders positiv und innovativ in Bezug auf die Verringerung von Lebensmittelabfällen und der Wertschöpfung von Lebensmitteln entlang der gesamten Lebensmittelkette vom Acker über die Verarbeitung bis in den Supermarkt/Handel gezeigt haben.	Empfohlen
3.5.2 Warum werfen	Aufbauend auf der Studie „Verringerung von Lebensmittelabfällen“ (FH Müns-	In Maßnahme 3.5.1 integrieren

<p>die Menschen Lebensmittel weg? Differenzierte Erforschung der Ursachen für das Wegwerfen von Lebensmitteln durch private Haushalte und Ableitung von Maßnahmen</p>	<p>ter 2012) werden in diesem Projekt die Ursachen für Lebensmittelabfälle in Haushalten aus Verbrauchersforschungsperspektive untersucht. Zudem wird die Wirkung von Maßnahmen zur Steigerung eines nachhaltigen Ernährungsstils erhoben. Es wird der Zusammenhang zwischen nachhaltigem Ernährungswissen (Einstellung) und dem alltäglichen Ernährungsverhalten anhand der Entstehung von Lebensmittelabfällen in Haushalten analysiert</p>	
<p>Strategie: Verbesserung der Recyclingquoten und –methoden</p>		
<p>3.6.1 Verbraucher-kampagne: „NRW schont Ressourcen“</p>	<p>Eine vorgeschlagene Verbraucherkampagne bindet das in NRW vorhandene wirtschaftliche sowie wissenschaftliche Potenzial ein. Die Maßnahme greift regulatorische und im konkreten Unternehmenshandeln begründete Hindernisse auf, durch die Verbrauchern heute noch ein ressourceneffizientes Verhalten erschwert wird. Die Kampagne umfasst Aktionen und Campaigning, einen Wettbewerb zur Förderung von Good-Practice-Beispielen, Medienarbeit, Bildung sowie die konkrete Überwindung von Hemmnissen.</p>	<p>Empfohlen</p>

Strategie: Ausschöpfen der Suffizienzpotenziale		
3.7.1 Änderungen von Lebenssituationen als Chance für nachhaltiges Mobilitäts-, Ernährungs- und Energieverhalten	Ziel ist, das Verbraucher- und Nutzerverhalten in den thematischen Schwerpunkten Mobilität, Ernährung und Energie zu transformieren, indem Änderungen von Lebenssituationen als Interventionsmöglichkeit genutzt werden. Das Verhalten von Menschen weist häufig ein hohes Beharrungsvermögen auf, da es wesentlich auf Gewohnheiten und Routinen beruht. Die Bereitschaft, diese Routinen zu ändern besteht v.a. bei Änderung von Lebenssituationen (Eintritt in die Ausbildung, Auszug aus dem Elternhaus, Berufswechsel, Geburt, Eintritt in den Ruhestand).	In Maßnahme 2.1.1 integrieren
Handlungsfeld 4: Mobilität		
Strategie: Verlagerung von Pkw-Verkehr auf SPNV und ÖPNV		
4.1.1: KlimaParkCent	Ein Teil der Parkgebühren wird in den Ausbau des ÖPNV investiert und so der Verzicht des eigenen Autos leichter gemacht. So wird der Klimaschutz gleich doppelt angestrebt: Zum einen wird Autofahren unattraktiver, da die externen Kosten der sonst verursachten Klimabelastung (teilweise) internalisiert werden. Zum anderen wird der ÖPNV verstärkt und es wird mehr Menschen ermöglicht, von ihm Gebrauch zu machen. Die Maßnahme könnte zunächst in einem Pilotprojekt in ausgewählten Städten getestet werden.	Weiter bearbeiten Anregungen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ berücksichtigen, dass die Einnahmen aus dem Pkw-Verkehr schon jetzt die Ausgaben übersteigen ▪ Unterscheidung in öffentlichen und privaten Parkraum ▪ Maßnahme wird auch in der AG 4 Verkehr gespiegelt
4.1.2: Sozialticket für den ÖPNV	Neben der „Energiearmut“ wird zunehmend auch „Mobilitätsarmut“ diskutiert, d.h. dass armen Menschen der Zugang zu Mobilität verwehrt wird. Die Einführung eines flächen-deckenden Sozialtickets für arme Menschen für den ÖPNV ermöglicht die Begrenzung des Individualverkehrs. Die Anschaffung/Nutzung eines PKW könnte entfallen/begrenzt werden. Die Kosten sol-	Darzustellen (Gegenstimmen: 1) Sachgründe <ul style="list-style-type: none"> ▪ ist eher eine Maßnahme der Sozialpolitik ▪ höherer Anteil des ÖV am Modal Split hätte keine größeren Auswirkungen auf den

	len sich an den im Hartz IV Regelsatz vorgesehen Beträgen für die Nutzung des Nahverkehrs orientieren. (ca. 15 -18 €).	CO2-Anteil (Erkenntnis AG 4)
Strategie: Verlagerung von Pkw-Verkehr auf den Rad- und Fußverkehr		
4.2.1 Mit kreativen Maßnahmen die Mobilitätswende unterstützen	Maßnahmenbündel mit Informationswirkung, durch das Verbraucher/innen hinsichtlich ihres Mobilitätsverhaltens sensibilisiert werden und greifbare Alternativen erleben können. Umfasst eine smarte / Web 2.0 Öffentlichkeitsarbeit zur Verkehrsmittelwahl, Sprit-spar-Kampagne in Kfz- Zulassungsstellen, Auto- und konsumfreier Sonntage in Innenstädten, die Umsetzung der Kampagne NRW-KIDS-MOBIL sowie die Ausweitung der Umwelt- und Mobilitätsberatung.	Darzustellen (Gegenstimmen: 1) Sachgründe: Maßnahme kann nicht andere und wichtigere Probleme des ÖPNV lösen
Strategie: Betriebliches/kommunales Mobilitätsmanagement		
4.3.1 Verpflichtende Mobilitätssysteme in Kommunen und Unternehmen	Ein verpflichtendes Mobilitätsmanagementsystem gilt als wirksames und kostengünstiges Instrument für einen intelligenten, energieeffizienten Verkehrsmittelmix (dena). Information, Beratung und bessere Koordination des Angebots stehen dabei im Vordergrund. Durch ein verpflichtendes Mobilitätsmanagementsystem werden Kommunen und Unternehmen dazu angehalten, klima-, umwelt- und gesundheitsfördernde Impulse zu geben, um ein nachhaltiges Verkehrsverhalten ihrer BürgerInnen bzw. MitarbeiterInnen zu fördern.	Darzustellen (Gegenstimmen: 2) Sachgründe: <ul style="list-style-type: none"> ▪ wenn der ÖPNV gut funktionieren würde, brauchte eine solche Bevormundung nicht stattzufinden ▪ reine Bürokratie ▪ ÖPNV gibt es nicht in der Fläche
Strategie: Änderung des Nutzerverhaltens		
4.4.1 Intermodales Ticket Klimaschutz	Durch die Einführung eines landesweiten intermodalen „Ticket Klimaschutz“ kann jeder Nutzer des Tickets in NRW ohne den Besitz eines eigenen Autos individuell mobil sein. Das landesweite Ticket Klimaschutz orientiert sich am Modellprojekt „Mobil in Düsseldorf“: Es umfasst eine Monatskarte für Bus und Bahn, ein Leihfahrrad für die tägliche Dauer von vier Stunden und 90 Freiminuten Autofahrt monatlich bei einem Car-Sharing-Dienst.	Darzustellen (Gegenstimmen: 1) Sachgründe: ÖPNV zu unzuverlässig, wenn man feste Termine einhalten muss. Stattdessen Fokussieren auf die Verbesserung des ÖPNV.

Strategie: Alternative Antriebskonzepte		
4.5.1 Tankstellen-netz für Elektro-Fahrzeuge erweitern	Bislang sind die Potentiale zum Ausbau des E-Tankstellennetzes nicht systematisch entwickelt. So fehlt zum Beispiel die gezielte Ansprache der Wirtschaft, es fehlen Anreizsysteme für den E-Tankstellennetzausbau und die Kombination mit weiteren Mobilitätsangeboten. Dieses Maßnahmenbündel fördert den Ausbau des Stromtankstellennetzen an ausgewählten und hochfrequentierten Verkehrsstellen, Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung und den Aufbau von Car-Sharing-Inseln bei Arbeitsstätten.	Maßnahme an AG 4 übergeben damit erst einmal die benötigten Strukturen für Elektromobilität aufgebaut werden
4.5.2 Nachhaltige Förderung des ÖPNV (Erhaltung und Ausbau sowie Erweiterung der Zubringerfunktion in die Ballungsräume)	Bereitstellung von Finanzmitteln zur nachhaltigen Ertüchtigung der gesamten ÖPNV-Struktur sowie der Busse und Bahnen. Der ÖPNV kann nur dann seinen Anspruch als Instrument zur THG-Minderung erfüllen, wenn er zukunftsfähig und nachhaltig aufgestellt wird; dieses erfordert Investitionen zur Bestandhaltung aber auch zur Verbesserung der Benutzbarkeit damit er sich als echte Alternative zur PKW-Individualbenutzung darstellt.	Empfohlen
Strategie: Alternative Mobilitätskonzepte		
4.6.1 Keine KFZ Steuer für Gemeinschaftsautos	Eine Befreiung von der Kfz-Steuer bedeutet einen weiteren Anreiz für die gemeinschaftliche Nutzung von Autos. Car Sharing führt in der Regel dazu, dass die Nutzer_innen generell weniger mit dem Auto und mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß mobil sind. Ein weiterer CO2-Minderungseffekt besteht darin, dass Car Sharing-Fahrzeuge in der Regel neuer sind als der Flottendurchschnitt und so meist sparsamer sind als vergleichsweise Fahrzeuge im Privatbesitz	Darzustellen (Gegenstimmen: 5)

Strategie: Ausschöpfung der Suffizienzpotenziale		
4.7.1 Modellversuch Bürgerverkehr auf dem Land	Gerade in den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens sind die privaten Haushalte oft auf einen PKW angewiesen, wenn sie zur Arbeit, zur Schule, zu Behörden, Ärztinnen usw. gelangen wollen. Über ein Internetportal mit regionalem Bezug und über eine App können Anbieter_innen Mitfahrgelegenheiten im lokalen, regionalen oder auch weiter entfernten Umkreis anbieten und diese Angebote annehmen. Die bereits bestehenden Haltestellen des ÖPNV können als Treffpunkte genutzt werden. Der Kostenbeitrag für die Fahrt mit dem „Bürgerverkehr“ sollte dem einer einfachen Fahrt mit dem Bus entsprechen.	Weiter bearbeiten <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mehrwert der Maßnahme noch stärker herausarbeiten ▪ nachforschen, was für Angebote/Strukturen es schon gibt

Tabelle 2: Diskussionsergebnisse (Änderungen in rot bzw. als Sachgründe/Anregungen in rechter Spalte)

Nächste Schritte

Die Weiterbearbeitung von Maßnahmen soll bis zum **1. August 2013** abgeschlossen sein (mitarbeitende AG-Mitglieder siehe Tabelle 2).

Für die Weiterbearbeitung wurde angeregt:

- die Formulierung der Überschriften, wo möglich, eindeutiger zu fassen (wird bei der Weiterbearbeitung von Maßnahmen berücksichtigt)
- die Kurzbeschreibungen vor der Übergabe an den Koordinierungskreis noch einmal zu prüfen (wird bei der Weiterbearbeitung von Maßnahmen berücksichtigt)
- Maßnahmen zum Thema Forschung zu bündeln
- Überschneidungen mit anderen AGs transparent zu machen

TOP 7 Zusammenschau

Der TOP ist entfallen. Die Prüfung von Inkonsistenzen und möglichen Lücken erfolgt in der nächsten Sitzung.

TOP 8 Ausblick

Inhalt des TOP

Frau Speil erläutert das weitere Vorgehen. **Die 5. Sitzung der AG 6 findet voraussichtlich am 16. September 2013 statt (ganztäglich).** Hier sollen noch offenen Maßnahmen bewertet und das Gesamtpaket aus Strategien und Maßnahmen (Kurzbeschreibungen und Bewertung) für die Übergabe an den Koordinierungskreis beschlossen werden.

TOP 9 Verabschiedung

Inhalt des TOP

Herr Berg dankt den AG-Mitgliedern für die gute und konstruktive Mitarbeit.

Weitere Hinweise

Dokumentation: Der vorliegende Protokollentwurf wurde mit den beteiligten Akteuren und ist in dieser Fassung öffentlich.

Ihr Ansprechpartner für Fragen ist:

Kontaktstelle Klimaschutzplan

Tel. : 0211 99330280

E-Mail: klimaschutzplan@mkulnv.nrw.de

Im Vorfeld der Sitzung bereitgestellte Unterlagen

Unterlagen zur Vorbereitung der Sitzung

- Tagesordnung der 4. Sitzung der AG 6
- Übersicht über die zu bewertenden Maßnahmen
- Ergebnisse der Online-Bewertung
- Dokumentation des Entwurfsszenarios des Wuppertal Instituts

Anlagen zum Protokoll

1. Gezeigte Präsentation im Rahmen der 3. Sitzung AG 6 (siehe separate Datei)
2. Teilnehmerliste
3. Protokoll Präsentation Entwurfsszenario im Vorfeld der Sitzung

Anlage 1: Gezeigte Präsentation im Rahmen der 3. Sitzung AG 6

(siehe separate Datei auf der Online-Plattform)

Anlage 2: Teilnehmerliste

Nr.	Institution	Name
1.	Architektenkammer NRW	Arns, Michael
2.	Caritas in NRW	Liedgens, Heinz
3.	Deutscher Mieterbund Nordrhein-Westfalen e.V.	Gottschalk, Silke
4.	EnergieAgentur.NRW	Mobers, Dirk
5.	Fachhochschule Münster Fachbereich Oecotrophologie	Teitscheid, Professorin Dr. Petra
6.	Handelsverband Nordrhein-Westfalen	Linnenbrügger-Schauer, Anne
7.	Handwerkskammer Münster	Harten, Thomas
8.	IFOK GmbH	Speil, Karina
9.	IFOK GmbH	Vollmer, Anke Simone
10.	Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen	Weinbrenner, Birgit
11.	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V	Kistemaker, Louisa
12.	Landesinnungsverband des Schornsteinfegerhandwerks Nordrhein-Westfalen	Pawelczyk, Martin
13.	Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V.	Schneidereit, Udo
14.	Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen	Askemper, Maria
15.	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	Berg, Horst
16.	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	Holl, Carina
17.	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	Dahlen, Dr. Achim
18.	Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen	Braun-Bau, Dr. Susanne
19.	Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen	Mouseck, Bernward
20.	Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA)	Stracke, Bernd
21.	Rheinischer LandFrauenverband e.V.	Kuhles, Jutta
22.	RWE Effizienz GmbH	Grabenhorst, Kaja

Nr.	Institution	Name
23.	Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen	Schulz, Hartmut
24.	Stadt Bottrop	Beckmann, Stefan
25.	Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen	Queitsch, Dr. Peter
26.	Universität Paderborn	Bigga, Regine
27.	Verbraucherzentrale NRW e. V.	Schell, Ulrike
28.	WSW Energie & Wasser AG	Hüttenhölscher, Professor Dr. Norbert
29.	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH	Barthel, Dr. Claus
30.	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH	Best, Benjamin
31.	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH	Zeiss, Christoph

Anlage 3: Präsentation Entwurfsszenario

Vor der regulären AG-Sitzung am 27.5.2013 fand morgens eine Vorstellung des Entwurfsszenarios für interessierte Akteure aus der AG 6 statt. Die Inhalte und Diskussionsergebnisse sind im Folgenden dargestellt.

Herr Zeiss, Wuppertal Institut (WI), stellt Grundlagen und Ergebnisse der bisherigen Szenarioberechnungen des WI dar. Durch die stark sinkenden Emissionen aus dem Umwandlungssektor ergibt sich in NRW – je nach Szenariovariante - insgesamt eine Minderung der THG von 70 (A3), 73 % (A2) oder 75% (A1) bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Jahr 1990. Bis zum Jahr 2020 liegt der Minderungsbeitrag gegenüber dem Ausgangsniveau des Jahres 1990 zwischen 37% (A3), 42 % (A2) und 44 % (A1). Herr Barthel, Wuppertal Institut, stellt anschließend die AG6-spezifischen Ergebnisse der Szenariorechnungen vor.¹ Es wird davon ausgegangen, dass durch die in der Arbeitsgruppe entwickelten Strategien der gesamte Strombedarf der Privathaushalte gegenüber 2005 um rund 20 bis 25 % bis 2030 und um 40 bis 45 % bis 2050 reduziert werden kann. Diese Effizienzsteigerung basiert vor allem auf dem Einsatz effizienterer Elektrogeräte und deren effizienterem Nutzung. Einschränkend ist zu sagen, dass sich diese Aussage auf bestehende Anwendungen bezieht und nicht mögliche neue elektrische Anwendungen wie zum Beispiel die Elektromobilität berücksichtigt.

Nachfragen / Anmerkungen:

- Werden nach Erstellung des Klimaschutzplans die Szenarien künftig immer wieder angepasst, wenn sich zentrale Rahmenparameter ändern? Antwort: Bereits im Klimaschutzgesetz ist ein regelmäßiges Monitoring vorgesehen, das auch die Grundlage für die Fortschreibung des Klimaschutzplans bildet. Im Rahmen eines solchen Monitorings können Anpassungen der Szenarien vorgenommen werden.
- Wurde bei der Entwicklung der Strategien und Maßnahmen ein wissenschaftliches Feedback durch das Wuppertal Institut durchgeführt? Antwort: Das Wuppertal Institut hat die Vorgaben der Akteure bezüglich der Strategien und Strategieziele auf Plausibilität und Konsistenz hin überprüft und die Ergebnisse in die AGs zurückgespiegelt. Auch bei der Entwicklung der Maßnahmen hat das Wuppertal Institut einen Plausibilitätscheck vorgenommen.
- Spielen Kosten in der Modellierung keine Rolle? Antwort: Kosten spielen auch in der Modellierung eine zentrale Rolle, da Preise (Energiepreise, CO₂-Preise, Investitionskosten) zentrale Einflussfaktoren des Kraftwerkseinsatzmodells sind.
- Wie hoch ist der Effekt unterschiedlicher CO₂-Preise auf das Ergebnis? Antwort: Der Effekt wird vom Wuppertal Institut eher gering eingeschätzt, da andere Faktoren (Ausbau der Erneuerbaren Energien, Entwicklung der Stromnachfrage) die Zusammensetzung der Stromerzeugung stärker dominieren. Ggf. wird hierzu noch eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt.

¹In der AG 6 werden aus Szenariensicht lediglich die elektrischen Anwendungen betrachtet. Die Emissionsminderungen aus den ebenfalls in dieser Arbeitsgruppe adressierten Bereichen Wohnen, Konsum und Mobilität werden in den entsprechenden anderen Arbeitsgruppen dargestellt.

- Woher stammen die Daten der Entwicklung der Haushalte/Wohnbevölkerung etc.?
Antwort: Die Daten stammen von IT.NRW.
- Wo werden die elektrischen Anwendungen zur Warmwasserbereitung und Beheizung angerechnet? Antwort: Diese werden der AG3 zugerechnet, da dies Geräte der Hausinstallation sind, die mehr oder weniger fest mit dem Gebäude verbunden sind.